Berlin.
Montag, 27. April.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 194.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Lindenstr. 81.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: aus der Bundesversammlung; aus dem Herren- und Abgeordnetenhause.
Schweiz: Stand der Neuenburger Frage; die Werbungen; Zoll- und Eisenbahnangelegenheiten; Verschiedenes.
Frankreich. Paris: der deutsch-dänische Streit; die Frage der Donaufürstenthümer; Tagesbericht.
Großbritannien. London: die „Times" über Parlamentsreform; die Entschädigungsforderung wegen Greytown; die chinesische Expedition; Verschiedenes.
Asien: die Nachrichten der Ueberlandpost.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 27. April. Die Verhandlungen der am vorigen Donnerstag stattgefundenen Sitzung der Bundesversammlung waren ohne größeres Interesse. Das Präsidium legte das Beglaubigungsschreiben des von der Königin von Spanien zum Ministerresidenten bei dem deutschen Bunde ernannten Marquis von San Carlos vor. Die Versammlung beschloß, denselben in gedachter Eigenschaft anzuerkennen und dessen Beglaubigungsschreiben in das Bundesarchiv zu hinterlegen. Außerdem erfolgten verschiedene Erklärungen über den Vollzug von Bundestagsbeschlüssen und Verträge des Ausschusses über Militair-Angelegenheiten über die Unterhaltung und Verwaltung der Bundesfestungen Mainz und Ulm, welche die Versammlung anerkennend, unter Genehmigung der Beraunschläge des Aufwandes für das laufende Jahr entgegen nahm. Endlich beschloß die Versammlung, einem früheren Hilfsoffizier in der deutschen Flotte in Anbetracht der seiner Zeit von ihm geleisteten Dienste nachträglich noch eine Gratifikation zu verleihen, dagegen aber dem abermaligen Unterstützungsgesuche eines anderen vormaligen Bediensteten der Marine keine Folge mehr zu geben.

— Vorgestern erstattete die elfte Kommission des Herrenhauses ihren Bericht über die, zwischen der k. preußischen und der k. russischen Regierung abgeschlossenen Staatsverträge, betreffend den Anschluß der, bis zur russischen Grenze fortzuführenden Ostbahn an die St. Petersburg-Warschauer Eisenbahn, und die Herstellung einer Eisenbahn von Bromberg nach Warschau. Die Kommission empfiehlt einstimmig, den beiden Verträgen die Zustimmung des Herrenhauses zu ertheilen.

— Dieselbe Kommission beantragt, dem Wiener Münzvertrage vom 24. Januar die verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen und den Münzgesetz-Entwurf in der aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen Fassung anzunehmen. Ein erwähnungswerthes Bedenken ist in der Kommission nur zu §. 18 des Entwurfes zur Sprache gekommen. Derselbe bestimmt bekanntlich das Verhältniß der Friedrichsd'or zu den neuen Goldmünzen (Kronen) bei Lösung von Verpflichtungen in Golde. Man hielt es für angemessen, daß schon jetzt in dem Gesetze das Verhältniß der „Krone" zu dem preußischen Friedrichsd'or ausgedrückt werde, begab sich aber eines besondern hierauf gerichteten Antrages, nachdem seitens der Regierungs-Kommissarien darauf hingewiesen war, daß eine solche Angabe nur Verwirrung hervorbringen werde, da der Friedrichsd'or jetzt keine Goldmünze, sondern die Masse eines bestimmten Silberwerthes und deshalb seine Vergleichung zur „Krone" nicht möglich sei, weil diese, eine reine Goldmünze, zum Silberwerthe kein feststehendes Verhältniß habe.

— Der Bericht der Kommission desselben Hauses über die Denkschrift der Staatsregierung vom 25. März 1857, die Ausführung des Gesetzes vom 13. Juni 1851, wegen Unterhaltung, Verpflegung und Erziehung der oberschlesischen Typhus-Waisen im Jahre 1856 betreffend, beantragt: 1) sich mit den, von der Staatsregierung getroffenen Einrichtungen, der Durchführung derselben und den gewonnenen Resultaten einverstanden zu erklären; 2) der Staatsregierung zur nochmaligen Erwägung anheim zu geben, ob nicht A. eine angemessene Anzahl von den, bei Familien untergebrachten Typhuswaisen, Behufs ihrer Besserung, noch für einige Jahre in eine, von den nächstens zu errichtenden Anstalten aufzunehmen? B. Gegen den Schluß der durch das Gesetz vom 13. Juni 1851 festgestellten Unterstützungsperiode eine der landwirthschaftlichen Anstalten in eine Ackerbau-Schule umzuwandeln?

— Ueber den von der Staatsregierung dem Abgeordneten-Hause vorgelegten Gesetzentwurf, wegen exekutivischer Beitreibung der direkten und indirekten Steuern und anderer öffentlicher Abgaben und Gefälle u. s. w. in Neu-Vorpommern und Rügen, haben die vereinigten Kommissionen für das Justizwesen und für Finanzen und Zölle, einen sehr umfassenden Bericht vorgelegt, welcher mit dem einstimmigen Antrage auf Ablehnung der Vorlage schließt. Die vereinigten Kommissionen haben die in den Motiven angegebenen Gründe für den Nachweis der Nothwendigkeit eines neuen Gesetzes nicht als ausreichend betrachtet, „weil dabei das, was schon besteht, anscheinend zu wenig berücksichtigt ist." Betrachtet man das Bestehende, so ergiebt sich, daß der Entwurf wenig erhebliche neue Bestimmungen enthält, und daß diese theilweise durch eine Instruktion von Seiten der vorgesetzten Verwaltungsbehörden hätten getroffen werden können, theilweise aber auch für sehr bedenklich gehalten werden müssen.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die allgemeine Diskussion über das Gewerbesteuergesetz beendet und die Spezialdiskussion über §. 1. begonnen. Der Hr. Ministerpräsident überreichte dem Hause den im Art. 3. des Sundzollvertrages vorbehaltenen Separatvertrag.

Schweiz.

*§§ **Aus der Schweiz**, 25. April. Der Pariser Korrespondent des „Bund" schreibt: „In der Konferenzsitzung am 20. haben die Vertreter der vier Großmächte eine Geldentschädigung von einer Million Franks und nachfolgende Stylisirung des dritten Punktes vorgeschlagen: „„Die Schweiz verpflichtet sich, die betreffenden Kirchengüter ihrer ursprünglichen Bestimmung zu erhalten."" Da die Schweiz nie die entgegengesetzte Absicht gehegt hat, so glaubte Dr. Kern dieser vorsichtigen und rücksichtsvollen Redaktion verläufig seine Zustimmung geben zu können. Auch drang er auf keine weitere Herabsetzung der Geldentschädigung. Graf Hatzfeld machte keine Einwendungen; er beschränkte sich auf die Erklärung, nach Berlin berichten und neue Instruktionen einholen zu müssen." — Andere Blätter stimmen hiermit überein. Der Neuenburger „Independant" erfährt aus Paris, daß der Viermächtevorschlag 8 Punkte enthalte, unter denen 4 von Bedeutung. Der erste besage ganz einfach, daß dem König von Preußen 1 Mill. Fr. bezahlt werde, (um die Eigenliebe der Schweiz zu schonen, sei nicht gesagt, wofür); der zweite Punkt betreffe Anerkennung des Titels, nebst einer Art Rechtsverwahrung der Schweiz; der dritte laute wörtlich: „die Kirchengüter können niemals ihrem Zweck entfremdet werden;" der vierte verbürge die Fortdauer der Pfyffer'schen Stiftung. Der Korrespondent des Blattes fürchtet, daß hierdurch mittelbar auch die Fortdauer der Neuenburger Bourgeoisie verbürgt werde. Nachträglich bemerkt er, bei Punkt 3 habe Kern in die Fassung gewilligt: „die Schweiz verpflichtet sich, den Kirchengütern ihre alte Bestimmung zu bewahren." Nach der Pariser Korrespondenz des Genfer „Journal" hat der Kaiser bei der Abschiedsaudienz Hrn. Kern auseinandergesetzt, er sei so weit als möglich zu Gunsten der Schweiz vorgegangen und England und Frankreich hätten alles erreicht, was ihnen mit dem Londoner Protokoll von 1852 auf der einen, und der Freilassung der Gefangenen auf der andern Seite zu erreichen möglich gewesen. Die Korrespondenz setzt hinzu: in Paris zweifle man nicht an der Annahme Preußens.

Kern ist vorgestern Abend in Bern eingetroffen und hat gestern fast die ganze Sitzung des Bundesraths mit seinem Bericht ausgefüllt. Nach dem Berner Korrespondenten der „N. Zürch. Z." hat der Bundesrath es angemessen gefunden, erst die Ansicht der zunächst betheiligten Regierung von Neuenburg über den Vorschlag der Konferenz einzuholen und wird demnach seinen eigenen Entschluß erst in einigen Tagen fassen. Der Gesandte Englands hat dem Bundesrath eine Depesche seiner Regierung überreicht, worin Kerns Bericht unterstützt und die Annahme des Pariser Vorschlags empfohlen wird. Vermuthlich wird der Gesandte Frankreichs denselben Schritt thun. Die Konferenz soll nur auf 8 Tage vertagt sein und es heißt, Kern werde schon in 4 bis 5 Tagen wieder nach Paris abgehen.

Der „Indépendant" bestätigt die kriegsgerichtliche Verurtheilung von 500 neuenburger Militärpflichtigen zu 5 bis 8 Monaten Gefängniß. — Das „Bündner Tagblatt" macht über die holländische Werbung folgende Bemerkung: „Warum beschwert man sich nicht auch bei Oesterreich wegen Rom und Neapel? So kann z. B. in Feldkirch Jedermann einem sagen, daß seit vielen Jahren im „heil. Kreuz" für Neapel geworben werde, daß der Gemeine 130 Fr. Handgeld bekomme und frei nach Neapel spedirt werde, und daß er nicht unter 18 und nicht über 36 Jahre alt sein dürfe. Ebenso sind neapolitanische Depots in Konstanz, Bregenz und Sächingen, wahrscheinlich auch in der Lombardei und Sardinien. Darüber geht man stillschweigend hinweg, weil man weiß, daß es zu nichts hilft."

— Der Bundesrath hat beschlossen, dem Kanton Neuenburg den gegenwärtig bestehenden Vertrag betreffend die Grenzwache für den Bezug der eidgenössischen Zölle zu kündigen Statt der kantonalen Gendarmerie sollen künftig, wie dies bereits in den Kantonen Genf und Tessin geschieht, eidgenössische Grenzwächter den Zollwachtdienst versehen. — Die Schweizer Dampfboote müssen jetzt in Friedrichshafen von jedem Sack Getreide, welchen sie dort verladen, eine Kontrolgebühr von 7 Kr. bezahlen; man glaubt, die würtembergische Regierung wolle dadurch ihre eigenen Staatsdampfboote konkurrenzfähiger machen. Der alte und ewig junge fiskalische Geist, der seinen eigenen Vortheil nicht versteht! Solche Plackereien werden die Schweizer nur in der Bemühung bestärken, ihr Getreide anderswoher als aus Deutschland zu beziehen. — Die von Bern berufene Eisenbahnkonferenz von 8 Kantonen hat sich dahin vereinbart: daß Fusionen die Genehmigung der Kantone und des Bundes einholen müssen, daß die Escher-Bereire-Fusion der Nordost-, Central-, West- u. a. Bahnen ohne Abänderungen nicht zu genehmigen ist und daß der Bundesrath ersucht werden soll, die Fragen einer allgemeinen Fusion und eines eidgenössischen Rückkaufs der Bahnen zu erwägen.

Zum eidgenössischen Freischießen hat der Gemeinderath von Bern eine Ehrengabe von 800 Fr., der Bürgerrath eine solche von 400 bewilligt; die Schweizer in Rio Janeiro gaben 2500 Francs. — Die Klagen über schlechte Beschaffenheit des eidgenössischen Pulvers bleiben auf der Tagesordnung und ein Blatt bemerkt: „unsere Pulverbehörden haben sicher nicht das Pulver erfunden." Wieder ein Beleg, daß der Staat nicht Fabrikant noch Kaufmann sein soll. — Der Bischof von Basel hat, wie die Solothurner Blätter melden, den Diözesanständen mittheilen lassen, daß der päpstliche Stuhl auf seine Verwendung gestattet hat, die Feiertage der Kirchenpatrone, wo es die Gemeinden verlangen, auf den nächstfolgenden Sonntag zu verlegen. Ferner wird gestattet auf Verlangen der Kantonsregierungen den Josephstag und den Marientag im März ebenfalls auf einen Sonntag zu verlegen. — Morgen wird in Luzern, nächstens in St. Gallen der Große Rath erneuert; in beiden Kantonen spannen die Ultramontanen alle Muskeln an, um sich in die grünen Sessel zu schwingen.

Vor einigen Tagen sind ungefähr 40 Schweizer Sennen einem Rufe nach Norwegen gefolgt. Sicherlich wird es ihnen dort besser ergehen, als den Schweizern des brasilianischen Senators Vergueiro, welche endlich zu den Waffen gegriffen haben. — Auf die Angabe eines Basler Blattes, die Zollbehörde sei bereits angewiesen, das Gepäck des bald nach Arenenberg reisenden Kaisers Napoleon unverzollt einzulassen, erwiedert der „Bund", es handle sich lediglich um Rücksendung der Mobilien, welche der Kaiser aus Arenenberg nach Paris hatte bringen lassen.

Frankreich.

△ **Paris**, 25. April. Es scheint gewiß, daß die dänische Ministerkrise von Seiten Frankreichs und Rußlands — das Einverständniß beider Mächte in dieser Frage wie in so mancher anderen ist eine Thatsache — dazu benutzt worden ist, in Kopenhagen eindringliche Vorstellungen in Beziehung auf den obschwebenden Streit zu machen. Wenn in auswärtigen Zeitungen gemeldet worden, es sei den Bemühungen der preußischen Diplomatie gelungen, die hiesige Regierung davon zu überzeugen, daß die Frage eine durchaus deutsche sei, so wird das mit Vorsicht aufzunehmen sein. Man dürfte der Wahrheit näher stehen, wenn man annimmt, daß die französische Regierung gern darauf verzichten würde, der Frage einen europäischen Charakter beizulegen, wenn anderseits davon abgestanden würde, ihr einen rein deutschen Charakter zu vindiziren. Wie man sieht, ein sehr zweifelhaftes Zugeständniß. Was dieser Annahme zu Hülfe kommt sind nun eben die Vorstellungen in Kopenhagen, von denen ich Eingangs gesprochen. Man sucht nämlich das dänische Kabinet auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, den Streit direct mit den Herzogthümern auszugleichen und auf diese Weise der fremden Einmischung zu entgehen. Gewiß der Rath ist gut; die Frage ist nur die, ob es die Dänen über sich gewinnen können, ohne äußeren Zwang, den Herzogthümern gerecht zu werden. Die Geschichte von 20 Jahren lehrt, daß von der Gerechtigkeitsliebe der Dänen nichts zu erwarten ist; nur die eiserne Noth, in der handgreiflichsten Weise zur Erkenntniß gebracht, dürfte in Kopenhagen eine Aenderung hervorrufen; Sammethandschuhe taugen nichts für diese Leute. — Der erste Band der Guizot'schen Memoiren wird in spätestens 2 Monaten erscheinen. Man erfährt, daß die politischen Ereignisse, an welchen Herr Guizot sich betheiligt hat, in jenen Memoiren ohne allen Umschweif behandelt sind. Herr Guizot ist in diesem Augenblick in Val-Richer beschäftigt, die letzte Hand an das Manuskript zum ersten Bande zu legen.

✕ **Paris**, 25. April. Verschiedene telegraphische Nachrichten, welche heute aus Bern hier eingetroffen sind, bezeichnen es übereinstimmend als wahrscheinlich, daß die Majorität des Bundesraths sich für die Annahme des Abkommens, welches Dr. Kern überbracht hat, entscheiden werde. Nach einer Depesche, welche der noch hier weilende Neuenburger Staatsrath Humbert erhalten hat, beabsichtigt der schweizerische Bevollmächtigte bis Donnerstag wieder in Paris einzutreffen. — Die letzten Depeschen des Herrn von Talleyrand, welche bekanntlich zum Theile im „Moniteur" veröffentlicht wurden, haben die französische Regierung veranlaßt, ihrem Vertreter in den Fürstenthümern neue Weisungen zuzusenden. Soviel über ihren Inhalt verlautet, soll sich der französische Kommissär offen und entschieden für die Sache der Union aussprechen und im Namen der französischen Regierung gegen die letzten Maßregeln protestiren, welche zum Zwecke haben, die Kundgebungen zu Gunsten dieser Sache zu unterdrücken. — Gestern empfing der Kaiser Lord Elgin, den englischen Befehlshaber in China, und den Marschall Canrobert. Es heißt deshalb aufs Neue, daß eine französische Expedition nach China im Werke und der Marschall bestimmt sei, dieselbe zu befehligen. — Was die Toulonер Feste betrifft, so bespöttelt man hier mit Recht die russische Form der Einladungen zum Diner, welche der Seepräfekt in Toulon erließ. Die betreffende Zuschrift lautete: „S. K. H. der Großfürst Constantin ermächtigt den Seepräfekten Sie zum Diner einzuladen." Dies findet man in Frankreich etwas stark.

△△ **Paris**, 25. April. In der von den Regierungsblättern auf's Neue in den Vordergrund geschobenen Frage der Donaufürstenthümer steht fast die gesammte Presse auf Seiten der kaiserlichen Politik. Den liberalen Organen thut es wohl, bei irgend einer Gelegenheit ihre Gedanken über Wahlfreiheit, Freiheit der Presse, Berechtigung der Nationalitäten anzubringen, und sie verwerthen die wohlfeilen und längst gangbaren Redensarten, die ihnen über diese Themata zuströmen, ohne viel zu fragen, für wen sie am letzten Ende mit dem Allen arbeiten. Das „Journal des Debats," das bei dieser Gelegenheit auch in die Schranken tritt, hat stets mit Rußland geliebäugelt und die Türkei mit entschiedener Ungunst behandelt; übrigens ist man versucht, in der Art, wie es die Einwirkung der moldauischen Regierung auf die Wahlen und die Presse bespricht, zugleich eine beabsichtigte Lektion für das jetzt in Frankreich herrschende System zu sehen. Besonders wird Klage geführt über die Verhaftung von zwei hervorragendern Persönlichkeiten der moldauischen Unionspartei, des Prof. Furcultz und des Bojaren Kuparence, für welche die nähern Gründe noch nicht bekannt sind. Die plötzliche Reise des Herrn von Talleyrand von Bukarest nach Jassy hat jedenfalls keinen andern Zweck, als dort möglichst unmittelbar einzugreifen und der in der Moldau nicht sehr lebhaften Wahlbewegung einen neuen Aufschwung im französischen Sinne zu geben. Daher im „Constitutionel" die telegraphische Schilderung des Triumphzuges durch diese Provinz. Uebrigens kann jedes Kind begreifen, daß das Protektorat, welches Frankreich heute in jenen Ländern thatsächlich an sich zu reißen sucht, jeder materiellen Stütze entbehrt, und daß seine Früchte, wenn sie einst gereift sind, lediglich Rußland in den Schooß fallen müssen, dessen Triumph kein geringer ist, die früheren Gegner mit solchem Eifer seine Sache fördern zu sehen, daß es sich selbst jeder geräuschvolleren Anstrengung enthalten darf.

Der Kaiser hat gestern Lord Elgin, den englischen Kommissär für China, den Fürsten von Chimay und den General Canrobert in Privat-Audienzen empfangen. Des Abends diniete Herr v. Persigny in den Tuilerien. Marschall Serrano ist heute Morgen nach Madrid abgereist. — Nach Berichten aus Toulon vom 23. April hat Großfürst Konstantin am letzten Dienstag dem Arsenal einen neuen Besuch abgestattet und zugleich den zwei Meilen von der Stadt entfernten Handelshafen La Seyne besucht. Abends wohnte er einer Theatervorstellung bei, wo das Orchester bei seinem Eintritte die russische Nationalhymne und die Melodie Reine Hortense spielte. Am Mittwoch ist er in der Besichtigung der Werkstätten fortgefahren. Wie die Lokalblätter berichten, steht man den Großfürsten fortwährend eigenhändig Messungen anstellen und Notizen niederschreiben; namentlich widmet er die größte Aufmerksamkeit den Maschinen-Werkstätten und den Schiffsmodellen. Er bleibt zwei Tage länger, als es früher hieß, also bis zum 28., in Toulon. In Paris, wo er am 30. Abends 5 Uhr eintreffen wird, wird er 14 Tage bleiben, die Ausflüge in der Umgegend mitgerechnet. Der Kaiser besichtigte gestern die Vorbereitungen, die man im Stadthause für das große Fest zu Ehren des russischen Gastes trifft. Er läßt eine ziemliche Anzahl von Modellen der bemerkenswerthesten französischen Schiffe anfertigen, um dem Großfürsten ein Geschenk damit zu machen. Es soll im Precatelan in den Champs Elysees ein Concert von 800 Musikern stattfinden, in welchem unter Anderem auch die russische Volkshymne mit Kanonenbegleitung aufgeführt werden wird. — Es heißt, daß Lord Cowley und seine Gemahlin übermorgen Paris verlassen, um dem Großfürsten auszuweichen. — Heute begab sich der Kaiser wiederum nach dem Walde von Vincennes, aus dem ein Boulogner Gehölz für den Faubourg St. Antoine, das andere und demokratische Ende von Paris, gemacht werden soll.

Heute fand in der Notre-Dame-Kirche die feierliche Installation des Kardinals Morlot als Erzbischof von Paris statt. Eine große Menschenmasse befand sich von 12 Uhr an in der Umgebung der Kirche. Pariser Garden zu Pferde und zu Fuß hielten die Ordnung aufrecht. Um 11 Uhr empfing der neue Erzbischof in der Kapelle der römischen Gesandtschaft feierlich das Pallium aus den Händen des Nuntius Sacconi. Nach Beendigung der Ceremonie in Notredame begab sich der Kardinal in den erzbischöflichen Palast, um ihn feierlich in Besitz zu nehmen. — Wie verlautet, ist die Angelegenheit des Bischofs von Moulins und seiner beiden Pfarrer dem päpstlichen Kommissarius, Bischof von Blois, vorgelegt worden. Derselbe wird in erster Instanz entscheiden. Die beiden Parteien können dann an den Erzbischof von Sens, zu dem Moulins gehört, appelliren, und der heilige Stuhl wird nöthigenfalls in letzter Instanz entscheiden. — Msgr. Sibour, Bischof von Tripolis i. p. und Verwandter des verstorbenen Erzbischofs von Paris, ist zum Kanonikus erster Klasse des Kapitels von Saint Denis ernannt worden. — Der „Messager de la Charité," Organ des ersten Kaplans der Tuilerien, Abbé Mulloiz, theilt mit, daß die Errichtung des Groß-